

Brandschutz für Mastställe in der Diskussion

Nahverkehrsplan für Stadt und Landkreis verlängert

sh **OSNABRÜCK.** Die großen Mastställe rücken bei abnehmender Akzeptanz immer näher an das Osnabrücker Land. Darum beantragte jetzt im Ausschuss Planen und Bauen Thomas Szlapka für die Grünen, dass der Kreis als Genehmigungsbehörde künftig besonders darauf achte, dass die Anlagen in die Region passten und auch der Brandschutz berücksichtigt werde.

„Wir sind nah beieinander“, meinte dazu Kreisrat Winfried Wilkens. Denn der Kreis fordere jetzt schon Brandschutzgutachten und Brandschutzlagepläne oder bei kleineren Ställen Brandschutzgrundrisspläne. Der Kreis könne nicht das Grundproblem ändern, das sei Aufgabe des Landes, meinte Werner Lager (SPD) dazu. „Wir brauchen eine generelle

Lösung.“ Auch wenn die Möglichkeiten eingeschränkt seien, sollte man ausnutzen, was möglich sei, entgegnete Szlapka. CDU und SPD waren sich schließlich einig, dass dieses Thema bei einem zusätzlichen Termin dargestellt werden sollte. Dabei sollte man auch an die Erhöhung der Schlachtkapazitäten denken, ergänzte Helmut Tolksdorf (SPD). Angesichts des Ergebnisses der Aussprache stellte Szlapka seinen Antrag zurück.

Zur Kenntnis nahmen die Kreispolitiker, dass auf der Kreisstraße 122 in Berge auf rund einem Kilometer Länge die Fahrbahndecke verstärkt wird und außerdem ein 1,3 Kilometer langer Radweg neben der Straße entsteht. Ebenfalls informierte Richard Kotte vom Fachdienst Kreisstraßen die Ausschuss-

mitglieder auch über den geplanten Kreisel in Melle-Bruchmühlen, wo die Kreisstraßen 207 und 208 aufeinanderstoßen. In dem Kreisel gibt es außerdem noch eine Werkszufahrt und etwas außerhalb eine städtische Straße, die von Schulbussen frequentiert wird. Wegen der Grundstücksverhältnisse liegt der Kreisel etwas versetzt und hat einen Außendurchmesser von lediglich 32 Metern. Nach Ansicht von Kotte reicht dies trotz des starken Lkw-Verkehrs in diesem Bereich aus.

Nur um ein Jahr verlängert wird der Nahverkehrsplan für Stadt und Landkreis Osnabrück, da grundlegende Unsicherheiten zum künftigen Rechtsrahmen und zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs bestehen.

„Der Verbraucher entscheidet“

Peter Bleser (CDU) will System der Landwirtschaft nicht infrage stellen

Von Klaus Jongebloed

OSNABRÜCK. Die Konzentration von Tierhaltungsanlagen in der Schweine- und Hähnchenmast steht in Deutschland auf dem Prüfstand. In einem Gespräch mit unserer Zeitung sagte der designierte Verbraucher- und Agrarstaatssekretär Peter Bleser (CDU): „Angesichts der Konzentration von Tierhaltungsanlagen in der Schweine- und Hähnchenmast auf bestimmte Regionen habe ich Verständnis, wenn sich Widerstand regt. Da sind wir sehr dafür, dass regionale Planungsmöglichkeiten genutzt werden, um diese Überreizung in einem Gebiet zu verhindern.“

Außer den mittlerweile im Landkreis Emsland verlangten Keimgutachten und Brandschutzkonzepten gebe es noch andere Möglichkeiten, etwa über die Düngerverordnung oder das Erstellen regionaler Bebauungspläne, „eine verträgliche

Konzentration von Tierhaltung zu erreichen“.

Er werde sich dafür einsetzen, „dass gemeinsam mit den betroffenen Bundesländern ein Lösungsvorschlag entwickelt wird, der extreme Entwicklungen verhindert, aber gleichzeitig die Privilegierung von Ställen im Außenbereich weiter ermöglicht“. Es gehe um einen Weg, „die Tierhaltungsdichte in einer Region in den Griff zu bekommen. Ich halte eine regionale Steuerung für sinnvoll, die auch die Bevölkerung in solche Entwicklungsentschlüsse der Kommunen mit einbezieht“, sagte Bleser.

Auswüchse wie etwa Skelettdeformierungen durch Übermästen müssten natürlich bekämpft werden, sagte Bleser. „Aber deswegen darf man nicht gleich das gesamte System der Landwirtschaft infrage stellen.“

Der Tierschutz sei im Vergleich zu 1960 um ein Vielfaches verbessert worden, habe mittlerweile sogar Verfas-



Peter Bleser

Foto: privat

sungsrang „Kühe haben heute in modernen, hellen und gut durchlüfteten Ställen vielfach zehnmal so viel Platz wie vor 50 Jahren“, sagte der agrarpolitische Sprecher der Union. Er könne „überhaupt kein Verständnis dafür aufbringen, wenn Tiere unnötig gequält werden oder wenn Haltungsbedingungen nicht den Vorgaben entsprechen“.

Das Problem sei aber nicht etwa der Tierschutz. „Vielmehr haben wir ein Kommunikationsdefizit. Unsere Bevölkerung ist nicht darüber informiert, wie arbeitsteilige Lebensmittelproduktion funktioniert.“ Sogar in der Werbung von konventionellen Lebensmitteln werde im-

mer das Bild einer Landwirtschaft gezeigt, „die in vielen nostalgischen Vorstellungen präsent ist, die es in Wirklichkeit aber nie gab“.

Es müsse dringend gezeigt werden, mit welchem Anspruch an Lebensmittelqualität sowie Tier- und Umweltschutz Lebensmittel hergestellt würden. „Dann wird das Verständnis für die moderne Landwirtschaft wachsen. Es ist nicht möglich, unsere Bevölkerung nur auf Grundlage ökologischer Produktion zu ernähren. Weltweit sowieso nicht“, sagte Bleser. Der Grünen Gentechnik stehe er offen gegenüber. Der Verbraucher entscheide, ob er diese nutze. Ziel der Bundesregierung sei es, die Wahlfreiheit für Verbraucher und die Koexistenz für Landwirte zu sichern. Grundlage bleibe die Transparenzinitiative: „Wenn Lebensmittel mithilfe gentechnischer Produkte erzeugt werden, müssen diese auch so gekennzeichnet sein“, sagte Bleser.